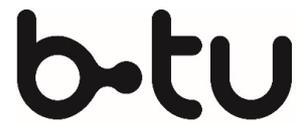


# MIKOWA



Brandenburgische  
Technische Universität  
Cottbus - Senftenberg

## Politik des Zuhörens:

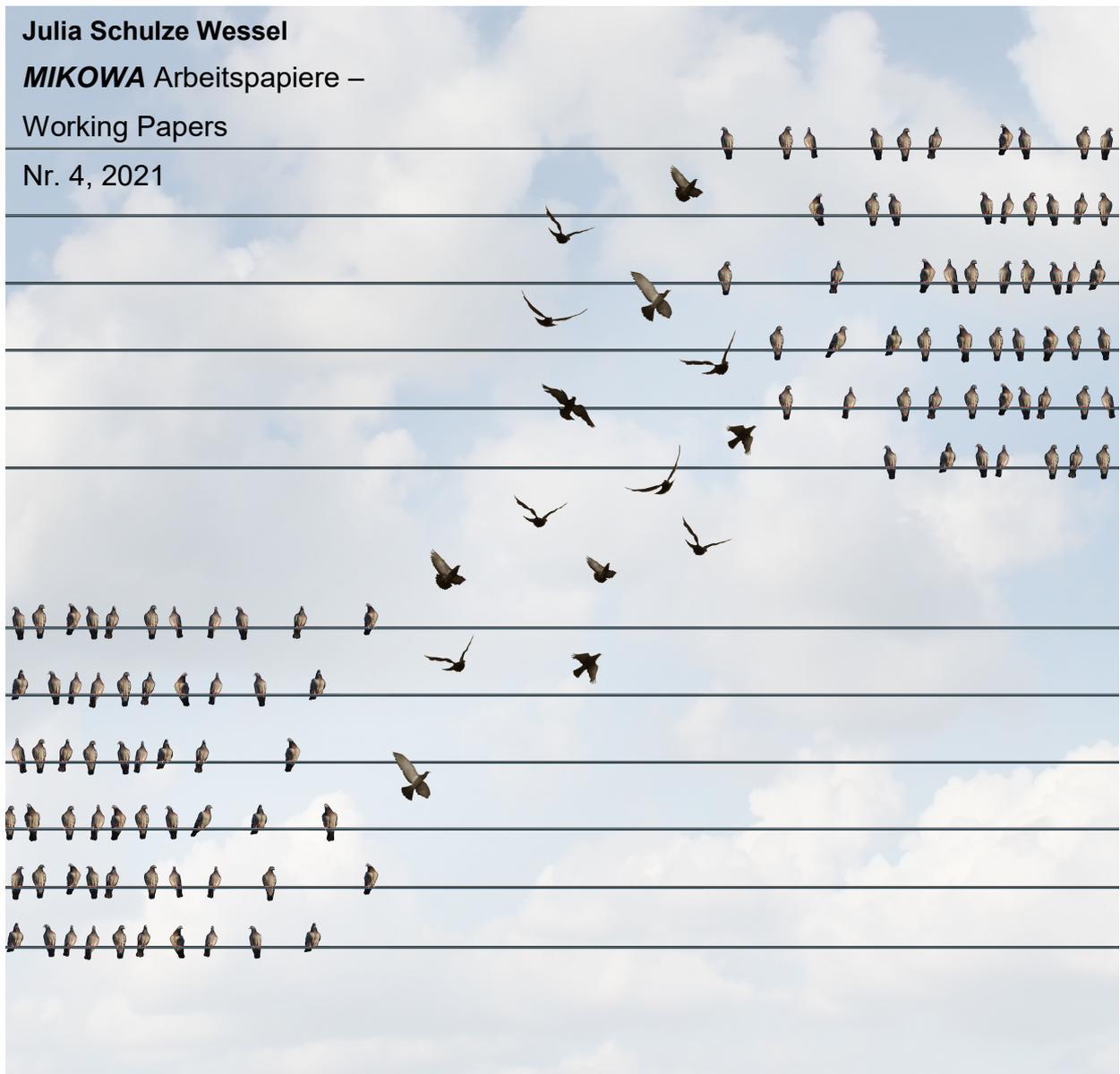
Über Ausschluss, Exil und Marginalisierung bei Judith Shklar, Hannah Arendt und Iris Marion Young

Julia Schulze Wessel

*MIKOWA* Arbeitspapiere –

Working Papers

Nr. 4, 2021



Zitiervorschlag:

Schulze Wessel, J. (2021). Politik des Zuhörens: Über Ausschluss, Exil und Marginalisierung bei Judith Shklar, Hannah Arendt und Iris Marion Young, *MIKOWA* Arbeitspapiere, *MIKOWA* – Forschungsplattform Migration, Konflikt und sozialer Wandel; Nr. 3, 2021. <https://doi.org/10.26127/BTUOpen-5462>

MIKOWA Arbeitspapiere werden zum Zwecke der Information und Inspiration von Diskussionen unter Wissenschaftler\*innen, Praktiker\*innen und Politiker\*innen bereitgestellt. Sie sind kostenlos.

Creative Commons – CC BY – Namensnennung 4.0 International

BTU Cottbus-Senftenberg

Forschungsplattform „Migration, Konflikt und sozialer Wandel“ (*MIKOWA*)

c/o Prof. Dr. Anna Amelina

Lehrstuhl für Interkulturalität

Erich-Weinert-Straße 1-2

D-03046 Cottbus

Homepage: <https://www.b-tu.de/mikowa/>

<https://doi.org/10.26127/BTUOpen-5462>

## Biographische Notiz

Dr. Julia Schulze Wessel ist Geschäftsführerin von anDemos-Institut für angewandte Demokratie- und Sozialforschung e.V. in Dresden. Davor hatte sie Lehrstuhlvertretungen (Politische Theorie) an den Universitäten Leipzig und Dresden inne. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Themenfelder Demokratietheorie, Grenzen der Demokratie, Partizipation und (Staats-)bürger:innenschaft sowie politische Theorie des Flüchtlings.

## Jüngste Veröffentlichungen (Auswahl):

2021: deutsch ≠ deutsch. Zur Multiplizität des Nationalen in Deutschland. In: Futh, Mario/Pates, Rebecca/Spissinger, Florian/Stratenwerth, Jamela (Hg.): Die Beharrlichkeit der Nation. Wiesbaden: Springer VS.

2018: gemeinsam mit Florian Spissinger; Grenzfigur Flüchtling. Nationale Grenzziehungen und neue Räume des Politischen, in: Mittelweg 36, 27 H. 3, S. 43-60.

2018: Demokratien in Bewegung. Bonnie Honig und Julia Kristeva über die Ährenleserin Ruth. In: Hidalgo, Oliver/Pickel, Gert (Hg.): Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften vor den Herausforderungen von Flucht und Migration in Europa. Wiesbaden: Springer VS, S. 49-67.

2017: Grenzfiguren. Zur Politischen Theorie des Flüchtlings. Bielefeld: transcript.

## Abstract

In klassischen Demokratietheorien erlangt die „Kunst des Zuhörens“ kaum eine gewichtige Relevanz. Dabei lässt sich an den öffentlichen Diskussionen der letzten Jahre sehen, dass sie durchaus bedeutungsvoll ist und ihr eine eigene demokratische Qualität beigemessen werden muss. Im vorliegenden Aufsatz wird das ‚Zuhören‘ als eine produktive Tätigkeit vorgestellt. Mit drei politischen Theoretikerinnen wird gezeigt, welche selbstreflexive Kraft im Zuhören liegt. Dabei bekommen marginalisierte Stimmen eine besondere Bedeutung. Denn von den Rändern der Gesellschaften aus können Spannungen und Widersprüche demokratischer Gesellschaften aufgezeigt werden.

In classical theories of democracy, the „art of listening“ seems to be of little relevance. Nevertheless, it became obvious from the public debates of recent years that it is indeed significant. To listen must be accorded its own democratic quality. In this essay, “listening” is presented as a productive activity. Referring to three political theorists the essay reflects on the self-reflexive power of listening. Within this context marginalized voices have a special significance here. Especially from the margins of societies tensions and contradictions of current democratic societies can be revealed.



## Inhalt

1. Einleitung.....	7
2. Erfahrungen an den Grenzen .....	9
2.1 Die Gleichgültigkeit des Gegenübers .....	11
2.2 Die Kunst des Zuhörens .....	12
3. Einbeziehung der Ränder .....	14
3.1 Hinterfragungen – die Stimmen der Ränder .....	15
3.2 Die Produktivität der ‚Ränder‘ .....	17
4. Politik des Zuhörens .....	19
Literatur .....	20

## 1. Einleitung

Transformationsregionen, wie sie beispielsweise im Osten Deutschlands anzutreffen sind, sind oftmals jahrelang andauernden Prozessen einer Restrukturierung und Veränderung unterworfen (Mau 2019: 12). Dass die herausfordernden Erfahrungen der Bevölkerung in der Öffentlichkeit kaum gehört worden sind, sich Bedürfnisse der Bewohner:innen in politischen Entscheidungen nicht widerspiegeln und sie so an den Rand gedrängt worden seien, ist Gegenstand zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzungen geworden. Einige Politiker:innen reagierten auf diese Proteste und hoben die politische Bedeutung des Zuhörens hervor (z.B. Köpping 2018). Der Begriff des Zuhörens hatte eine bislang sowohl im politischen Tagesgeschäft als auch in der politischen Theorie eine marginale Rolle gespielt. Ebenso wie der Begriff eine neue Bedeutung erfahren hat, so ist jedoch in diesen Debatten auch deutlich geworden, dass es aus demokratischer Perspektive schwierig ist, allen Gruppen, die auf ihre Marginalisierung verweisen, Gehör zu schenken. Denn ihre Stimmen dienen vor allem rechten, auf Exklusion setzenden Diskursverschiebungen (Spissinger/Schulze Wessel 2021).

Im vorliegenden Aufsatz soll es um Überlegungen gehen, wie das ‚Zuhören‘ zu einem produktiven, demokratischen Zuhören werden kann. Dafür wende ich mich drei politischen Theoretikerinnen zu, die ihre Theorien auf einer Form des Zuhörens aufgebaut haben, die die selbstreflexive Kraft von Demokratien stärkt. Dabei wenden sie sich bestimmten, an den Rändern der Gesellschaft angesiedelten Gruppen zu.

Auch wenn in den einschlägigen Demokratietheorien die „Kunst des Zuhörens“ (Barber 1994: 170) kaum eine Rolle spielt, so gibt es doch immer wieder Hinweise auf die elementare Bedeutung innerhalb eines demokratischen Gemeinwesens:

*Foreigner's Speech: "No one listens to you, you never have the floor, or else, when you have the courage to seize it, your speech is quickly erased by the more garrulous and fully relaxed talk of the community. Your speech has no past and will have no power over the future of the group: why should one listen to it?" (Kristeva 1994: 20)*

Die politische Theorien Judith Shklars, Hannah Arendts und Iris Marion Youngs können als Antworten auf Julia Kristevas Beschreibung einer Figur am Rande der Gesellschaft verstanden werden. Die drei Denkerinnen werden in diesem Aufsatz als diejenigen vorgestellt, die sich den Geschichten an den Rändern zuhörend zuwenden und mit ihnen die dominanten Gründungsmythen, Legitimationserzählungen und Positionen herausfordern und hinterfragen. Die Infragestellung dieser und die Kritik an diesen Grenzziehungen zielen immer auf eine größere Inklusivität von Demokratien – das ist die normative Grundlage dieser Überlegungen.

Young, Arendt und Shklar teilen trotz ihrer zum Teil unvereinbaren theoretischen Divergenzen einen gemeinsamen Zugang, der ihnen ihren Weg zu zentralen Ordnungsfragen öffnet. Dieser Zugang soll im Folgenden als Politik des Zuhörens (Bassel 2017) bezeichnet werden. Sie alle eint, dass sie ihren kritischen Blick auf ihre jeweilig gegenwärtigen Gesellschaften und deren legitimatorische Grundlagen durch die Zuwendung zu denjenigen gewinnen, die strukturell Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten erfahren. Dabei wird in dem Aufsatz der Fokus stärker auf die Gemeinsamkeiten der drei Denkerinnen gelegt, um die Überschneidungen jenseits ihrer politiktheoretischen Traditionen zeigen zu können. Die Politik des Zuhörens kann so als verbindendes Querschnittsthema gefasst werden.

Wenn hier von ‚Rändern‘ die Rede ist, dann sind damit strukturell produzierte Ränder gemeint. Es geht um Gruppen, die durch Rechtsungleichheit, durch verschiedene „Formen der Unterdrückung“ (Young 1990: 39-65) ihre gesellschaftlichen Positionierungen erhalten, also durch rechtliche, ökonomische oder politisch-kulturelle Deprivationsprozesse marginalisiert oder ganz von gesellschaftlich-politischer Teilhabe ausgeschlossen sind. In Shklars, Arendts und Youngs Zuwendung werden die Ränder jedoch nicht einfach als Defizit und Mangel beschrieben, sondern sie bekommen eine eigene Präsenz und Produktivität, von der aus die bestehende Ordnung neu betrachtet werden kann. So eröffnen die Positionen des Exils (Shklar), des Ausschlusses (Arendt) und der Marginalisierung (Young) bei allen eine eigenständige Perspektive, die den Blick auf und Zugang zur ‚Mitte‘ der Gesellschaft verändert. Insofern kann die Politik des Zuhörens als eine „source of recognition“ (Bassel 2017: 9) verstanden werden, die auf Formen von politischer Exklusion, Ungerechtigkeit und Ungleichheit reagiert. Alle drei leiten ihre theoretischen Konsequenzen dabei nicht aus abstrakten normativen Begründungen, sondern aus konkreten Erfahrungen ab.

Der Artikel orientiert sich an der Frage, welche *politische* Bedeutung der Ausschluss in den jeweiligen Schriften einnimmt, welche Konsequenzen diese Ausschlüsse für die tradierten Ordnungsvorstellungen haben und welche neuen Ordnungskonzeptionen daraus erwachsen. Dazu werden zunächst die Erfahrungen an den Rändern als *Silencing*-Prozesse vorgestellt (2) und die Position des Gegenübers zwischen Gleichgültigkeit (2.1.) und Zuhören (2.2) verortet. Die besondere Perspektive nicht gehörter Stimmen führt dann zu einer Hinterfragung des Zentrums (3), d.h. die Stimmen der Ränder bekommen einen gewichtigen Platz (3.1.) im Nachdenken über politische Ordnungen. Die Stimmen der Ränder werden damit nicht in ihrem Opferstatus bestätigt, sondern in ihrer Produktivität ernst genommen (3.2).

## 2. Erfahrungen an den Grenzen

Bei allen drei Denkerinnen ist der Erfahrungsbegriff zentral. Sie hören auf die erzählten vergangenen und gegenwärtigen Geschichten, Kämpfe und Aushandlungsprozesse von denjenigen, die in die ‚großen Geschichten‘ kaum Eingang gefunden haben. Arendts, Shklar und Youngs politische Theorie kann insofern als erfahrungsgesättigt gelten. Unmittelbar erlebte Politik geht als Erfahrung des Ausschlusses, des Exils und der Marginalisierung in die jeweilige Theoriebildung ein. Ihr Zugang zu politischen Ordnungsfragen steht für die Besonderheit und Partikularität jeder Perspektive, durch die erst eine plurale Sicht auf die Welt möglich gemacht wird.

Arendt hat konkret die Gruppe der Staatenlosen und Flüchtlinge vor Augen, wenn sie über den Ausschluss schreibt. Staatenlosigkeit gilt Shklar ebenso wie Arendt als „the most dreadful political fate“ (Shklar 1991: 4), das jeden in der modernen, auch demokratischen Gesellschaft treffen kann: „Statelessness“ bezeichnet Arendt entsprechend als „[t]opical problem even in this country [die USA, d. Verf.]“ (Arendt 1955) Anders jedoch als Arendt, der auch von Shklar eine große Insensibilität gegenüber anderen Ausschlüssen und eine vollkommene Verkennung der Bedeutung der Sklaverei vorgeworfen wird, macht Shklar nicht nur eigene Ausschlusserfahrungen zu ihrem Thema.<sup>1</sup> Sensibilisiert durch ihre eigene Exilgeschichte und in dem Gefühl, am Rande der Gesellschaft angesiedelt zu sein, „which in her case is linked to the experience of having been a peculiar type of refugee“ (Hess 2014: 9), thematisiert sie auch andere, vor allem durch Rassismus und Sexismus hervorgehende Ausschlüsse, die ihren Blick auf die amerikanische Ankunfts-gesellschaft und ihre legitimatorischen Grundlagen nachhaltig prägt (z. B. Shklar 1991; 1993; 2017).

Young findet ihren Ausgangspunkt in den sozialen Bewegungen in gegenwärtigen demokratischen Gesellschaften. Erfahrungen der Deprivation und Abhängigkeit begleiten moderne demokratische Gesellschaften und aus ihnen entwickelt Young die „Five Faces of Opression“ (Young 1990: 39-65), die Idee einer inklusiven Demokratie (Young 2002) und einer nicht auf den Nationalstaat begrenzten wechselseitigen Verantwortung und Verpflichtung der Menschen (Young 2006). Sie rekurriert dabei auf die Unterdrückungserfahrungen verschiedener Gruppen der sozialen Bewegungen in den USA seit den 1960er Jahren, wie z. B. Frauen, *disabled people*, alte Menschen, Homosexuelle, Arbeiter oder Schwarze. Arendt, Shklar und Young greifen also auf ganz unterschiedliche Gruppen zurück, wenn sie von den Grenzziehungen her denken. Aber diese Gruppen sind durch die Gemeinsamkeit gekennzeichnet, dass ihre Stimmen nicht gehört, marginalisiert und damit still gestellt worden sind. Dies

---

<sup>1</sup> Arendts einzige Ausnahme ist der Aufsatz *Little Rock*, in dem jedoch die Problematik der Trennung zwischen Weißen und Schwarzen als – politisch nicht weiter relevante – gesellschaftliche Diskriminierung verhandelt wird. Vor allem in ihren *Elementen und Ursprüngen* und *Über die Revolution* springt darüber hinaus ihre koloniale Sicht und ihr politisches Desinteresse an den Sklaven ins Auge.

meint für Shklar nicht weniger als die Leugnung der politischen Existenz: „Not to be heard is not to exist, to have no visibility and no place politically.“ (Shklar 1991: 59)

Zu einem der verbindenden Themen der drei Denkerinnen gehören also die Prozesse des ‚*Silencing*‘,<sup>2</sup> des Stillstellens und des Ausschlusses von Gruppen und mit ihnen von Perspektiven und Erfahrungen. Sie alle lehnen gesellschaftliche und politische Bedingungen ab, in denen Menschen das Wort nicht mehr ergreifen und damit nicht mehr gehört werden können.<sup>3</sup> Diesem Stillstellen gehen Prozesse der Deprivation auf den unterschiedlichsten Ebenen voraus. Bei Shklar und Arendt gibt es einen gemeinsamen historischen Bezugspunkt, der für beide den Totalausschluss aus Recht, Politik und Gesellschaft meint. Diese Erfahrung ist bei beiden mit der Einsicht in die zerstörerischen und grausamen Seiten moderner Gesellschaften verbunden. Shklar teilt zwar nicht, wie sie über Arendt schreibt, „a catastrophic view of history“ (Shklar 1984: 43), aber dennoch schlägt sich die eigene Erfahrung des Exils in ihren Schriften nachhaltig nieder (Shklar 1993; Hess 2014).<sup>4</sup>

Bei Young ziehen sich Fragen der Marginalisierung auf der einen und nach den Möglichkeiten einer inklusiveren Demokratie auf der anderen Seite durch das gesamte Werk. Im Kern geht es auch bei ihren berühmten „Five Faces of Oppression“ (Young 1990: 39-65) um die Sichtbarmachung struktureller Relationen zwischen Gruppen, durch die Gesellschaften hierarchisch geordnet und damit Macht- und Rednerinnenpositionen verteilt werden. Die Marginalisierten können nicht sprechen bzw. werden als Sprecher:innen nicht anerkannt. Durch Fremdbestimmung, Hierarchisierung und Abhängigkeit werden sie in diesem Sinne stillgestellt, was mit Young als „*internal exclusion*“ (Hervorh. d. Verf.) bezeichnet werden kann. Die Anforderungen an die Diskursregeln würden Young zufolge dazu führen, dass manchen Gruppen der Zugang zum Diskursraum verwehrt werde oder ihren Erzählungen nicht zugehört würde, selbst wenn sie formell gleichberechtigte Teilnehmer:innen des Diskurses seien. Dieser privilegiere nur „specific styles of expression“, während „the participation of some people is dismissed as out of order“ (Young 2002: 53). Die große Gefahr in der Kommunikation liegt für Young in den *silencing*-Prozessen, in den Marginalisierungen von Gruppen, deren Erfahrungen so nicht in den Diskurs eingehen können (Young 2002: 37). Die Diskursregeln wirkten demnach ausschließend und schrieben strukturelle Ungleichheit fort.

---

2 Prozesse des *Silencing* werden auch für die gegenwärtigen Flüchtlinge immer wieder diskutiert. Siehe z. B. Rajaram 2002.

3 Dieser Prozess entstehe z. B. durch ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse. Aus der ökonomischen Ungleichheit, die für Arendt nur selten zum Thema gemacht worden ist (Arendt 1994), erwachsen bei Young die Selbstverständlichkeit von Positionierungen in der Gesellschaft, die die Stimmen der Abhängigen an den Rand drängen und für den öffentlichen Diskurs irrelevant machen. Diesen Punkt teilt Shklar mit Young. Denn für sie besteht in der ökonomischen Ungleichheit genau diese Gefahr der Abhängigkeit, durch die die Stimmen, Interessen und Erfahrungen der Abhängigen in der politischen Welt keinerlei Berücksichtigung fänden (Shklar 1991: 62-64, 93; Shklar 1983: 19).

4 Dabei ist Shklar davon überzeugt, dass diese Erfahrung niemand nachvollziehen kann, der sie nicht selbst gemacht hat. „Her own and her contemporaries‘ most intense and immediate experience was exile. The sufferings of exiles are hard to express directly and impossible to explain to those who have never felt them.“ (Shklar 1975: 9) „It is something that has to be experienced to be understood.“ (Shklar 1998: 367)

Diesen Vorwurf der Stillstellung von Stimmen durch die hohen Anforderungen an das Sprechen erhebt Shklar auch gegen das republikanische Bürgerschaftsmodell. Die Ansprüche an die Teilhabevoraussetzungen durch die Konzeptionen eines sich tugendhaft verhaltenden, der Allgemeinheit verpflichteten, seine eigenen Interessen in den Hintergrund stellenden Bürgers, sei von Anfang an, seit Aristoteles, exklusiv gedacht (Shklar 1991: 36). Ausschluss, Exil und Marginalisierung können somit als verhinderte oder auch zerstörte Ausdrucks- und Kommunikationsmöglichkeiten verstanden werden.

## 2.1 Die Gleichgültigkeit des Gegenübers

Das Verstummen ist niemals ein einseitiger Prozess eines Nicht-Reden-Könnens, sondern hängt bei allen drei Denkerinnen mit dem Verlust oder der Gleichgültigkeit eines Gegenübers zusammen. Arendt beschreibt diesen Prozess des *Silencing* anhand der modernen Flüchtlinge, deren einziges *patria* das Lager sei (Arendt 1991: 447). Sie verstummten, weil ihre Sprache kein Gegenüber mehr habe und so die Responsivität systematisch zerstört sei: „Seine [die des Flüchtlings, d. Verf.] Meinungsfreiheit erweist sich immer als eine Narrenfreiheit, weil das, was er denkt, für nichts und niemanden von Belang ist. [...] Die Narrenfreiheit der Internierungslager wie die Verfolgungen, die unabhängig sind von dem, was einer sagt und meint, machen gleicherweise den Betroffenen mundtot in des Wortes eigentlicher Bedeutung.“ (Arendt 1991: 461, 463).

Das zentrale Kennzeichen der Flüchtlinge macht Arendt an der Zerstörung des Verhältnisses zwischen Sprechen und Gehörtwerden fest, dass also Sprechen und Handeln in keinerlei Zusammenhang mit der Reaktion darauf stehen (Arendt 1991: 463). Um diese Zerstörung zu fassen, belegt sie Flüchtlinge mit Begriffen wie „Weltlosigkeit“ (Arendt 1991: 454) oder „stumme Individualität“ (Arendt 1991: 469-470), denn in der Isolation wird die Sprache sinnlos. Nicht nur unter totalitären Bedingungen, auch in demokratischen Ankunftsgesellschaften macht der Flüchtling die Erfahrung dieses Sprachverlustes. So werden die Neuankömmlinge zwar aufgenommen, jedoch nicht als Personen mit spezifischen Erfahrungen und Geschichten. Stattdessen fordert die Ankunftsgesellschaft von den Ankommenden die sich selbst verleugnende Anpassung an – oder, wie es heute heißt: Integration in – die neuen Verhältnisse. Dem Verlust der alten Gemeinschaft steht die zukünftige Gemeinschaft gegenüber, die sich dem Zuhören erlebter Grausamkeiten verweigert: „Man sagte uns, wir sollten vergessen [...]. Um reibungsloser zu vergessen, vermeiden wir lieber jede Anspielung auf die Konzentrations- und Internierungslager [...]. Wie oft hat man uns außerdem zu verstehen gegeben, daß das niemand hören möchte [...].“ (Arendt 1986: 8) Aufgenommen werden in diesem Sinne nur diejenigen, die durch ihr Schweigen und ihre Anpassung die vorgefundene Gesellschaft und die Vorzugswürdigkeit der Normen und Werte der Aufnahmegesellschaft bestätigen. Sie dürfen nichts Eigenes und Eigenständiges zur neuen Gesellschaft beitragen.

## 2.2 Die Kunst des Zuhörens

Gegen die Nichtbeachtung der Stimmen der Ränder setzt Young die Aufmerksamkeit gegenüber dem *storytelling*, das den partikularen Erfahrungen Raum gibt (Young 2002: 37; 73-77). Ähnlich kann das Vorgehen Shklars beschrieben werden. An der Geschichte der amerikanischen Staatsbürgerschaft kritisiert Shklar die einseitigen Erzählungen einer freien Gründung der Gemeinschaft von Bürgern, in der die vielschichtigen (Ausschluss-)Erfahrungen keinen Eingang finden. Ihr eigener Blick auf diese zentrale demokratische Institution ist dagegen durch die Stimmen der Ränder inspiriert. Er führt dazu, dass Ausschlusserfahrungen und Kämpfe ehemaliger versklavter Menschen zu gehaltvollen Stimmen in ihrem politischen Denken werden: „We need only listen to Frederick Douglass to grasp the intensity of black feeling on the subject.“ (Shklar 1991: 153) Aus der Randpositionen können Erfahrungen von Ungleichheit auf besondere Weise ausgedrückt werden: „Who should express it better than an American ex-slave?“ (Shklar 1991: 57)

Jede der drei Denkerinnen nimmt auf spezifische Weise die eigens gemachten und die Ausschlusserfahrungen anderer auf, was als „expressing one’s experience“ (Fraser 1995: 170) bezeichnet werden kann. Allerdings sind diese Erzählungen darauf angewiesen, angehört zu werden und somit gehört zur Möglichkeit des Sprechens unmittelbar auch die Möglichkeit des Gehört-Werdens, will die Sprache nicht sinnlos werden. Dem Stummstellen steht also der Ausdruck entgegen, während das gleichgültige Gegenüber dem Zuhörer weicht.

Benjamin Barber hat dem liberalen Denken vorgeworfen, durch die zentrale Stellung der Artikulation von Interessen Politik mit dem Sprechen zu identifizieren. Gegenüber „narrate and gain attention“ (Bassel 2017: 4) sei „die Kunst des Zuhörens“ (Barber 1994: 170) vernachlässigt und abgewertet worden (s.a. Bassel 2017: 4). Aber erst durch das Zusammenkommen eines „öffentlichen Sprechens und Zuhörens“ (Barber 1994: 159) kann Politik zur Interaktion zwischen Verschiedenen werden. Ebenso wird bei Arendt, Shklar und Young dieses Zuhören zentral – wenn auch nicht unbedingt als expliziter Begriff und nicht fokussiert auf den Austausch von verschiedenen Interessen. Bei allen kann das Zuhören der Erzählungen von Marginalisierungs- und Ausschlusserfahrungen als eigene Methode, als eigener Zugang zum Gegenstand bezeichnet werden. Darüber hinaus wird dieses Zuhören implizit oder explizit zum normativen Bezugspunkt ihrer Ordnungskritik. Insofern beinhaltet die Politik des Zuhörens auch, die Hinterfragung selbstverständlich gewordener Grenzziehungen zwischen ‚wir‘ und ‚sie‘, die Machtpositionen und Privilegierung verteilen und auf Dauer stellen. Die Politik des Zuhörens bricht mit der Zuweisung des stillen und stigmatisierten Anderen (Bassel 2017: 6).

So legt Young den Ausgangspunkt in der Auseinandersetzung um Partizipation und Öffentlichkeit in die Pluralität der Menschen und ihre spezifischen Erfahrungsräume, in die jedes Sprechen eingebunden ist (Young 2002: 25; s.a. Drexler 2007: 4). Sie räumt deswegen dem Zuhören einen eigenen Platz in ihrer deliberativen Demokratietheorie ein und verknüpft den für die Deliberation zentralen Begriff der

„Reasonableness“<sup>5</sup> unmittelbar mit der Notwendigkeit der Bereitschaft aller Beteiligten, den anderen Diskursteilnehmerinnen zuzuhören: „Being open thus also refers to a disposition to listen to others“ (Young 2002: 25; 24; 70). Sprecher:innen und Zuhörer:innen befinden sich im reziproken Verpflichtungsverhältnis, das Ansprüche sowohl an das Zuhören als auch an das Sprechen stellt. So wird es notwendig, ein institutionelles Arrangement zu schaffen, in dem verschiedene Argumente und Erfahrungen geäußert werden können und „where others can listen“ (Young 2002: 32).

Dabei wird der Wert des Zuhörens auf verschiedenen Ebenen deutlich. Zum einen wird er deutlich in der Kritik. So führen Erfahrungen des Exils, des Totalausschlusses und der Marginalisierung, wie oben gezeigt, alle Denkerinnen dazu, auf je eigene Weise Prozesse des *Silencing* scharf zu kritisieren. Shklar macht in ihren Schriften die Stimmen hörbar, die aus der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen sind. Denn die Stimmen derjenigen, die nicht über die Staatsbürgerrechte verfügen, wie die Sklaven oder die Natives, oder nur über eingeschränkte Rechte, wie z. B. die Frauen, erzählen eine andere Geschichte, die ebenso zu den Konstitutionsbedingungen zentraler Institutionen demokratischer Ordnung gehöre (Shklar 1991: 15).

Zum zweiten, wie weiter unten ausgeführt, wird der Wert in der Produktivität der Ränder gesehen. In der Kritik an Universalbehauptungen, die spezifische Erfahrungen unhörbar machen, wendet sich Shklar gegen ein ahistorisches und idealtypisierendes Nachdenken über grundlegende Institutionen politischer Ordnung: „Whatever the ideological gratifications that the mnemonic evocation of an original and pure citizenry may have, it is unconvincing and ultimately an uninteresting flight from politics [...]“ (Shklar 1991: 7). Die Produktivität der Ränder meint hier also die Möglichkeit der Perspektivverschiebung, die ohne das Zuhören dieser Positionen verloren gehen würde.<sup>6</sup> Sie könne nicht stattfinden, wenn die dominanten Stimmen ihre Perspektive als allgemeinen Konsens ausgeben würden und die Ränder nicht einbezögen (Young 2002: 67).

Dieses Zuhören ist damit alles andere als ein passives Zuhören. Es ist ein Zuhören, das nicht einfach Toleranz gegenüber anderen Stimmen meint, denn sie schlägt schnell in Gleichgültigkeit und das einfache Nebeneinander von Stimmen um. Es ist ein Zuhören, das die Erfahrungen des Gegenübers als (Selbst-)Reflexion und Infragestellung tradiert Ordnungsvorstellungen und Legitimationsgrundlagen ernst nimmt. Insofern ist es immer responsiv und, wie Barber so treffend ausgedrückt hat, mit dem „kostbare[n] Medium“ des Schweigens verbunden (Barber 1994: 171). Arendt, Shklar und Young gehören zu diesen responsiven und selbstreflexiven Zuhörerinnen der Ränder, deren Stimmen für sie kritisches Hinterfragen der dominanten Erzählung bedeutet. Die Ränder werden damit zur Reflexionsinstanz, die nicht die Vorzugswürdigkeit der politischen Ordnung bestätigt, sondern ihre Leerstellen, Widersprüche und Spannungen bloßlegt (s. dazu auch Schulze Wessel 2018).

---

5 Zu Youngs Neuformulierung des Begriffs siehe Drexler 2007: 5.

6 Insofern hat das Zuhören große demokratietheoretische Bedeutung (Drexler 2007).

### 3. Einbeziehung der Ränder

Bei Young dient der Einbezug der Ränder dazu, den „hegemonic view“ zu durchbrechen und Raum für partikuläre Erfahrungen einzufordern. Denn aus ihnen würde deutlich, dass Universalitätsanspruch und Neutralitätsbehauptungen, wie z.B. im Recht proklamiert, lediglich Ausdruck einer dominanten Perspektive seien (Young 2002: 71). Arendts skeptischer Blick auf die Institution der Staatsbürgerschaft hat sich aus den Erfahrungen von Staatenlosigkeit und Flucht entwickelt. Denn im Angesicht der Rechtlosigkeit erblickte sie nicht nur die Aporien der Menschenrechte, sondern auch Grenzziehungen und mit ihnen die geringe Reichweite von Staatsbürgerrechten. Solange sie an die Willkür des Staates gebunden waren, standen sie immer in Gefahr, entzogen zu werden.<sup>7</sup> Zeit ihres Lebens sollte diese Figur ihr Nachdenken über eine politische Ordnung prägen, die den Möglichkeiten des Totalausschlusses begegnet. Begriffe wie das Recht, Rechte zu haben, die Natalität, das Denken des Neubeginns und der Spontaneität können auch vor diesem Hintergrund interpretiert werden. Dieses Recht auf Rechte fordert die wechselseitige Anerkennung aller als interdependente Gleiche (s.a. Bassel 2017: 86) und macht das Zuhören zur politischen Praxis.

Die unterschiedlichen Theorietraditionen führen auch dazu, auf verschiedene Formen des Ausschlusses zu reagieren. So wirft Shklar Arendt an mehreren Stellen ihres Werkes vor, die Position der Ausgeschlossenen in der Geschichte nicht beachtet zu haben, auch wenn sie ihr zugesteht, dass das Thema von Exil und Staatenlosigkeit zentral bei ihr gewesen sei (Shklar 1975). Der Vorwurf bezieht sich zum einen auf die ganz konkrete Geschichte aus Antike und Gegenwart. Neben dem Vorwurf der Gleichgültigkeit gegenüber der Sklaverei verwirft sie Arendts Hinwendung zur antiken *polis*, denn sie sieht dort vor allem „ferocious fighting between rich and poor“ – ein Faktum, das von den Vertreter:innen partizipatorischer Demokratievorstellungen kaum Erwähnung finden würde (Shklar 1998: 371; s.a. Shklar 1991: 30).

Dennoch teilen sie die Gemeinsamkeit, bislang ausgeschlossenen, nicht zugelassenen und ungehörten Stimmen ein eigenes Gewicht in ihrem politischen Denken zu geben. Bei Shklar werden sie ebenfalls zu ernst zu nehmenden Fragen und Perspektiven, die sich nicht nur in der Kritik, sondern auch in der Neukonzeption tradierter Ordnungselemente niederschlagen. Shklars Ausgangspunkt um über *American Citizenship* nachzudenken ist die Sklaverei. Auf die Ausbeutung versklavter Menschen zurückzugreifen, wenn man über die Institution der Staatsbürgerschaft schreibt, ist nicht selbstverständlich und auch nicht als die Einbeziehung eines Nebenthemas zu werten. Man stößt zwar in der politischen Theorie und Ideengeschichte an einigen wenigen Stellen in den Auseinandersetzungen über Fragen von Partizipation, Gerechtigkeit oder Freiheit auf die Figur des Sklaven, die jedoch meist nur rein funktionalen Charakter innerhalb der Begriffsarbeit hat. Der Rückgriff auf diese Figur dient der

---

<sup>7</sup> Nicht nur aus diesem Grund ist es äußerst fraglich, Arendts Recht auf Rechte als ein Recht auf Staatsbürgerschaft zu übersetzen, wie Shklar selbst es tat (Shklar 1998: 367).

Erklärung und Feinjustierung von Begriffen oder der Kontrastierung, die die Vorzugswürdigkeit bestimmter Vorstellungen von Gerechtigkeit oder Freiheit begründet.<sup>8</sup>

### 3.1 Hinterfragungen – die Stimmen der Ränder

Shklar dagegen greift die Geschichte der Sklaverei auf, um mit ihr die Geschichte der Amerikanischen Staatsbürgerschaft zu befragen und auf Spannungen in der Institution selbst zu verweisen: „The equality of political rights, which is the first mark of American citizenship, was proclaimed in the accepted presence of its absolute denial.“ (Shklar 1991: 1) Es ist nicht nur der im Laufe der Zeit aufzuhebende Widerspruch zwischen Proklamation und Realität von Rechten, auf den Shklar hier aufmerksam macht. Stattdessen geht es ihr vielmehr darum, durch die Sklaverei die Spannungen und konstitutiven Grundlagen von Staatsbürgerschaft deutlich zu machen. Denn der Wert von Staatsbürgerschaft, der zentralen und wichtigsten Institutionen öffentlichen Lebens, habe sich gerade in seiner Absetzung von Frauen, Sklaven und einigen *weißen* Männern bemessen. Für das Erlangen staatsbürgerlicher Rechte sei nicht so sehr die Freude an der Partizipation und Mitgestaltung öffentlichen Lebens bedeutsam gewesen, sondern Shklar sieht die Attraktivität dieser Institution in der Möglichkeit der Grenzziehung gegenüber denjenigen, die nicht als Gleiche angesehen werden sollten. Einig waren sich die amerikanischen Bürger, dass kein Versklavter, „no black person“ jemals Bürger sein konnte und die *Weiß*en ihnen gegenüber keinerlei rechtliche Verpflichtungen hätten (Shklar 1991: 16-17, 25-62).<sup>9</sup> Staatsbürgerschaft zielt in dieser Lesart also nicht in erster Linie auf Gleichheit, sondern auf Differenz, die ihren Herrschaftsanspruch begründet (Shklar 1991: 16, 23, 27-28).

Im Gegensatz zu Arendt, die das Ergebnis der Amerikanischen Revolution in der Gründung einer Republik ausmacht und vor allem die Einigung, das Versprechen und das Miteinander-Sprechen und -Handeln hervorhebt, weist Shklar mit dem Hinweis auf die Sklaverei diese Lesart scharf zurück.<sup>10</sup> Mit dem Aufzeigen der Ausschlüsse, der Konzeptionalisierung von Bürgerschaft und einer Grenzziehung, die den Herrschaftsanspruch einiger weniger legitimierte, schreibt sie eine andere Geschichte der Gründung Amerikas. Es sind nicht die an den öffentlichen Angelegenheiten interessierten Bürger, die den neuen Staat gründen, sondern eine partikulare Menge *weißer* Männer, die ihr Eigentum schützen und ihre Ansprüche gegenüber Frauen, Versklavter und Nicht-Eigentümer:innen durchzusetzen gewillt waren (Shklar 1991: 51). In der Staatsbürgerschaft schlugen sich damit nicht nur die Errungenschaften

---

8 Z. B. Pettit 2012 und 2015: z. B. 34, 61-62, 83, 92; Bohman 2007: 52. Zur Kritik an der Ignoranz gegenüber dem Problem der Sklaverei in der Tradition des Republikanismus siehe: Coffee 2018.

9 Shklar ist sich hier einig mit Achille Mbembe, der ebenso das Zusammenfallen von Menschenrechten und Rassismus aufgezeigt hat (Mbembe 2014).

10 Shklar hat Arendt immer wieder vorgeworfen, die Geschichte der Sklaverei in ihren Schriften vollkommen ignoriert zu haben. Und dieser Vorwurf ist berechtigt. Die Sklaverei wird in ihren Schriften zwar verurteilt (Arendt 1994: 240), aber sie geht nicht konstitutiv in ihre Überlegungen ein.

der Revolutionen nieder, sondern sie war auch immer sozialer Status und Privileg, die Grenzziehung und Ausschluss bedeuteten. Die Kämpfe versklavter Menschen repräsentierten damit gerade nicht „established views“ (Bassel: 86), sondern zeigten stattdessen vielmehr deren Grenzen und Widersprüche auf.

Durch diese Kritik wird aus einer marginalisierten Position heraus die Legitimation derer hinterfragt, die sich selbst zum Zentrum der Gesellschaft gemacht haben: „Their voices“, so schreibt Shklar über die Frauen und versklavte Menschen, „put the question of citizenship on the political agenda“ (Shklar 1991: 15). Shklars Perspektive auf die Geschichte der amerikanischen Staatsbürgerschaft entmystifiziert nicht nur das Gründungsmoment, sondern auch die republikanische Lesart der Staatsbürgerschaft in den USA. Stattdessen fasst sie diejenigen als politische Subjekte, die ehemals lediglich zu „antipolitical objects“ (Bassel 2017: 9) gemacht worden sind.

Young differenziert diesen Blick aus. Für sie steht die Frage nach Anerkennung der Differenz im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Der Inklusionsgrad von Demokratien wird für sie zum normativen Bezugspunkt (Young 2002: 5). Differente Erfahrungsräume, in denen verschiedene Formen der Unterdrückung wirksam werden, verändern den Blick auf das Zentrum: „What is distinctive about these movements [...] is their view of the dominant culture as a locus of oppression“ (Fraser 1995: 169). Nicht klassische liberale und republikanische Freiheitserzählung steht somit im Mittelpunkt der Auseinandersetzung, sondern der ambivalente Prozess eines Freiheitsgewinns, der gleichzeitig neue Formen der Unterdrückung hervorgebracht hat. In der europäischen Freiheitserzählung wurde diese Unterdrückung unsichtbar gemacht bzw. mehr oder weniger offen legitimiert (Därmann 2020). Young dagegen hört denjenigen, die sich diesen Grenzziehungen widersetzen zu und leitet daraus ihre Kritik an der gegenwärtigen Verfasstheit von Demokratien ab (z. B. Young 1990: 39-65, 98-99, 116-121; Young 2002: 16,-18, 33-35, 141-148). So blickt sie auf die Deliberationsvoraussetzungen aus der Perspektive derjenigen, die als ungebildet gelten, die nicht den hohen Kommunikationsvoraussetzungen genügen und deswegen in den öffentlichen Räumen deliberativer Kommunikation nicht auftreten, nicht auftreten können oder nicht angehört werden und verweist so auf die illegitimen Grenzziehungen innerhalb von Demokratien. Youngs Hinwendung zu denjenigen, die Grenzziehungen unterliegen, führt zur Forderung einer Ausweitung der Inklusion anderer Subjekte, anderer Kommunikationen und anderer politischer Räume (Young 2002: 27).

Dabei ist elementar, dass der normative Rahmen auf einer Ausweitung der Inklusion beruht. Wenn im Folgenden von der Produktivität der Ränder die Rede ist, dann ist dieser Rahmen entscheidend. Auf Ausschluss setzende Ideologien wie z.B. klassische rassistische oder sexistische Ideologien markieren undurchdringliche Differenzsetzungen. Jede Markierung von (Gruppen-)Differenzen geht mit der Legitimation von Herrschaftsstrukturen einher. Die hier beschriebene Politik des Zuhörens ist dagegen vielmehr darauf ausgerichtet, Grenzziehungen zu hinterfragen, sobald sie Fremdbestimmung meinen und sich mit Herrschaftsstrukturen verbinden und damit Demokratien inklusiver zu machen. Danielle

Allen hat dies als „Differenz ohne Herrschaft“ (Allen 2020: 25) gefasst: „Wenn man anfängt, Grundrechte wie die Vereinigungsfreiheit zu schützen, führt dies unweigerlich zu sozialen Differenzen. Dies ist eine großartige und wunderbare Folge der Freiheit, aber soziale Differenzen gehen auch leicht eine Verbindung mit Herrschaft und kastengesellschaftlichen Strukturen ein [...]. Wichtig ist, dass es nicht möglich ist, ohne das Auftreten von sozialen Differenzen über Grundrechte zu verfügen, woraus sich offenkundig die Frage ergibt, wie man Rechte schützen und das Auftreten von sozialen Differenzen begünstigen kann, ohne dass diese Unterschiede sich mit Herrschaftsstrukturen verbinden.“ (Allen 2020: 25; s. dazu auch: Prengel 1990: 131)

### 3.2 Die Produktivität der ‚Ränder‘

Der Einbezug der Ränder führt bei allen Autorinnen dazu, die Dynamik, Veränderbarkeit und die Kämpfe um die Grenzen zum konstitutiven Gegenstand demokratischer Institutionen zu machen (Shklar 1991: 9; 15). Die Ränder bekommen damit eine eigene Produktivität, die in die Institutionen eingeht, sie verändert und nachhaltig prägt. Diese Perspektivverschiebung ist alles andere als marginal. Denn sie bricht mit der Erzählung einer Fortschrittsgeschichte demokratischer Ordnung, in der die in Revolutionen erkämpften Rechte auf Gleichheit und Freiheit für die Staatsbürgerinnen erreicht und durchgesetzt worden sind.

Die Perspektive der Ränder macht alle hier vorgestellten Denkerinnen skeptisch gegenüber Identitätspolitik, Einheitserzählungen, Universalbehauptungen und einer Orientierung am Konsens.<sup>11</sup> Denn die behauptete integrative Kraft bringe lediglich Nicht-Zugehörige, radikal Andere und Ausschlüsse hervor und verdecke sie gleichzeitig. Für Young gehört es zur Ironie der Logik der Identität, die trotz bzw. wegen der Suche nach universaler Gleichheit, notwendigerweise Ungleichheit erzeuge und damit ein Außerhalb schaffe (Young 1990: 102). Gleichzeitig zeigt Young aber auch, wie dieses Außerhalb, „the chaotic, unformed, transforming [...] always threatens to cross the border and break up the unity of the good.“ (Young 1990: 99)

Dass die Ränder nicht einfach nur ausgeschlossen und abgetrennt, sondern auch produktiv und durch deren Grenzziehungen mit der ‚Mitte‘ verbunden sind, gehört auch zu den wiederkehrenden Themen bei Shklar. Mit der Ausrufung der Freiheit und Gleichheit, so zeigt Shklar, ist die Ungleichheit zementiert, eingerichtet und legitimiert worden. In diese behaupteten Einigungen und gradlinigen Erzählungen bricht das Andere, das Nicht-Gehörte und Unterdrückte unweigerlich ein. So war der Stolz auf die Staatsbürgerschaft immer verbunden mit der Abstiegsangst, die die Gleichsetzung mit einem Sklaven bedeutet hätte (Shklar 1991: 49). Bei Arendt wiederum finden wir diesen Zusammenhang in

---

<sup>11</sup> Das hat Drexler (2007) für Arendt und Young gezeigt.

ihrer Kritik an den Menschenrechten. Flüchtlinge stellen die Menschheit vor die „unausweichliche und höchst verwirrende Frage [...] ob es überhaupt so etwas wie unabdingbare Menschenrechte gibt, das heißt Rechte, die unabhängig sind von jedem besonderen politischen Status und einzig der bloßen Tatsache des Menschseins entspringen.“ (Arendt 1991: 455) In den Aushandlungen und Grenzauseinandersetzungen wird dann nicht nur lediglich eine Aufnahme in das Recht, die Teilhabe oder die bestehende Gemeinschaft, nicht eine Ausweitung von Menschenrechten gefordert, sondern in ihnen wird um die Ausgestaltung des institutionellen Arrangements und seine normativen Grundlagen gerungen. So wie Arendt aus der Perspektive der Staatenlosigkeit und ihrer Radikalkritik an den Menschenrechten ihr „Recht, Rechte zu haben“ (Arendt 1991: 462) formuliert, so wie Shklar eine Neujustierung des Freiheitsbegriffs aus der Kritik an der Sklaverei vornimmt (Shklar 2017), so entwickelt Young die Idee einer inklusiven Demokratie, die die Ränder zum integralen Bestandteil deliberativer Öffentlichkeiten macht (Young 2002).

Indem die Ränder als reflexive und transformative Kraft gedacht werden, verlassen Arendt, Shklar und Young die Pfade der Opfererzählungen der Ausgeschlossenen und Marginalisierten. Bei allen drei Denkerinnen bekommen diejenigen, die über keine oder nur eine marginalisierte Stimme auch in demokratischen Ordnungen verfügen, eine eigene und eigenständige Präsenz. Sie besetzen Positionen an der Grenze und können so (demokratische) Ordnungen und ihre Legitimitätsbehauptungen hinterfragen, herausfordern und mitgestalten.

## 4. Politik des Zuhörens

Judith Shklar, Hannah Arendt und Iris Marion Young stehen in ihren jeweiligen Theorietraditionen für Politiken des Zuhörens, des Aufnehmens ungehörter, ausgeschlossener und marginalisierter Stimmen in ihr Nachdenken über die Ausgestaltung politischer Ordnung. Dabei impliziert das Zuhören und Sichtbarmachen dieser Perspektiven nicht „Heroisierung und Entmündigung, Verdammung und Vereinnahmung“ (Bajohr 2016: 159), was nicht nur Shklar vehement abgelehnt hat (Shklar 2014: 26-32). Ihre Auseinandersetzung mit den ungehörten Rändern liberaler Demokratien prägt die Konzeption ihres Liberalismus der Rechte grundlegend. Die Bedeutung von Staatsbürgerschaft und die mit ihr verbundenen politischen und bürgerlichen Rechte ermöglichen für sie erst den Kampf um das Gehörtwerden. Sie gehört zu den strukturellen Voraussetzungen, um „einander als empfindungsfähige Wesen“ (Shklar 2013: 50) anzuerkennen. Bei Arendt wiederum tritt das positive Recht in den Hintergrund zugunsten einer Politikkonzeption, die die Pluralität, die Fähigkeit des Urteilens von dem Standpunkt eines Anderen und das Eingebundensein aller unabhängig vom positiv-rechtlichen Status betont. Young fokussiert sich dagegen auf Diskursregeln und Verfahren, die so inklusiv sein müssen, dass eine Politik der Differenz ermöglicht wird. Das Sichtbarmachen der Differenz dient nicht einer Grenzziehung, die hierarchisch unterteilt, sondern führt zu einem Nachdenken über inklusive Ordnungen, die die Grenzziehungen von Herrschaft entkoppeln. Der Wert demokratischer Ordnung ruht für Young darauf auf, dass sie inklusiv auf exkludierte Stimmen reagieren und sie in die deliberativen Arenen aufnehmen kann. Deswegen räumt sie den Kämpfen an den Grenzen der Demokratie einen zentralen Stellenwert ein (Drexler 2007: 6). Bei allen führen die Politiken des Zuhörens zu einer Stärkung von Grenzanfechtungen, politischem Dissens, dem Eröffnen alternativer Machträume und einem Rechtsbezug, der diese Kämpfe möglich macht.

Sie alle eint damit, dass sie in ihren Theoriebildungen Themen des Ausschlusses von Teilhabe zentral verhandeln. Ihre Auseinandersetzungen entzündeten sich dabei an gegenwärtigen und historischen Erfahrungen exklusiver Prozesse. Keine der drei Denkerinnen behandelt dieses Thema als additives Problem moderner Gesellschaften oder als Nebenthema. Sie nehmen alle Fragen des Ausschlusses konstitutiv mit in ihre Theoriebildung auf. Trotz ihrer unterschiedlichen Theoriekontexte führt sie die Einbeziehung der Ränder, ihr Blick auf die Gesellschaft „from a different angle“ (Hess 2014: 189) zur Hinterfragung tradiert und gemeinhin geteilter Universalbehauptungen. Dabei werden die Ränder nicht dem Zentrum und mehrheitlich geteilten Überzeugungen einverleibt. Sondern sie führen zu einer Befragung und Hinterfragung des Zentrums und der tradierten normativen Grundlagen moderner Gesellschaften. Damit werden die Ränder zu einer produktiven und eigenständigen Stimme in den drei Theorien, die den Blick auf das Zentrum mit seinen Legitimitätsansprüchen verändern und nachhaltig prägen.

## Literatur

- Allen, Danielle, 2020: Politische Gleichheit. Frankfurter Adorno Vorlesung 2017. Aus dem Amerikanischen von Christine Pries. Frankfurt am Main.
- Arendt, Hannah, 1955: Statelessness. URL (11.3.2021): <http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/155/276>.
- Arendt, Hannah, 1986: Wir Flüchtlinge (1943). In: Dies., Zur Zeit. Politische Essays. Berlin, 7-21.
- Arendt, Hannah, 1991: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft (1955), München.
- Arendt, Hannah, 1994: Revolution und Freiheit (1962). In: Dies., Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I. Hg. von Ursula Ludz, München, 227-252.
- Bajohr, Hannes, 2016: Arendt-Korrekturen. Judith Shklars kritische Perspektive auf Hannah Arendt. In: HannahArendt.net. Zeitschrift für politisches Denken 8 (1), 149-165.
- Barber, Benjamin R., 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg.
- Bassel, Leah, 2017: Politics of Listening. Possibilities and Challenges for Democratic Life, Palgrave.
- Bohman, James, 2007: Democracy across Border. From Dêmos to Dêmoi, Cambridge.
- Coffee, Alan M., 2018: A Radical Revolution in Thought: Frederick Douglass on the Slave's Perspective on Republican Freedom. In: Karma Nabulsi, Stuart White und Bruno Leipold (Hg.), Radical Republicanism: Recovering the Tradition's Popular Heritage, Oxford.
- Därmann, Iris, 2020: Undienlichkeit. Gewaltgeschichte und politische Philosophie. Berlin.
- Drexler, Jane M., 2007: Politics Improper. Iris Marion Young, Hannah Arendt, and the Power of Performativity. In: Hypatia 22 (4), 1-15.
- Fraser, Nancy, 1995: Recognition or Redistribution? A Critical Reading of Iris Young's Justice and the Politics of Difference. In: Journal of Political Philosophy 3 (2), 166-180.
- Hess, Andreas, 2014: The Political Theory of Judith N. Shklar. Exile from Exile, New York.
- Köpping, Petra, 2018. „Integriert doch erst mal uns!“ Eine Streitschrift für den Osten. Berlin.
- Kristeva, Julia, 1994: Strangers to Ourselves, New York.
- Mau, Steffen, 2020: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Mbembe, Achille, 2014: Kritik der schwarzen Vernunft, Frankfurt (Main).
- Pettit, Philip, 2012: Freedom as marronage. In: Journal of the History of Ideas 73 (1), 111-126.
- Pettit, Philip, 2015: Gerechte Freiheit. Ein moralischer Kompass für eine komplexe Welt. Aus dem Amerikanischen von Karin Würdemann. Frankfurt a.M.
- Prengel, Annedore.,1990: Annäherungen an eine egalitäre Politik der Differenz. Gedanken gegen Sexismus und Rassismus. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. Geteilter Feminismus, 13 (27): 127-134.
- Rajaram, Prem K., 2002: Humanitarianism and Representations of the Refugee. In: Journal of Refugee Studies 15 (3), 247-365.

- Schulze Wessel, Julia, 2018: Demokratien in Bewegung. Bonnie Honig und Julia Kristeva über die Ährenleserin Ruth. In: Oliver Hidalgo und Gert Pickel (Hg.), Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften vor den Herausforderungen von Flucht und Migration in Europa, Wiesbaden, 49-67.
- Shklar, Judith, 1957: *After Utopia: The Decline of Political Faith*, Princeton.
- Shklar, Judith, 1975: Hannah Arendt's Triumph. In: *The New Republic* vom 27.12.1975, 8-10.
- Shklar, Judith, 1983: Missed Opportunities. Review of *Will and Circumstance: Montesquieu, Rousseau and the French Revolution*, by Norman Hampson & *Jean-Jacques: The Early Life and Work of Jean-Jacques Rousseau 1712-1754*, by Maurice Cranston. In: *London Review of Books* 5 (14), 10–11.
- Shklar, Judith, 1984: Review of *Lectures on Kant's Political Philosophy*, by Hannah Arendt. In: *Bulletin of the Hegel Society of Great Britain* 9 (1), 42-44.
- Shklar, Judith, 1991: *American Citizenship: The Quest for Inclusion*. In: Grethe B. Peterson (Hg.), *The Tanner Lectures on Human Values XI*, Salt Lake City, 385-439.
- Shklar, Judith. 1991: *American Citizenship. The Quest for Inclusion*, Cambridge, Mass./London. Harvard University Press.
- Shklar, Judith, 1993: Obligation, Loyalty, Exile. In: *Political Theory* 21 (1), 181-197.
- Shklar, Judith, 1998: Hannah Arendt as Pariah. In: Stanley Hoffmann (Hg.), *Political Thought and Political Thinkers*, Chicago, 362-375.
- Shklar, Judith, 2013: *Liberalismus der Furcht*. Hg. von Hannes Bajohr, Berlin, 26-66.
- Shklar, Judith, 2014: *Ganz normale Laster*, Berlin.
- Shklar, Judith, 2017: Positive und negative Freiheit in den Vereinigten Staaten. In: Dies., *Der Liberalismus der Rechte*. Hg. von Hannes Bajohr, Berlin, 149-186.
- Spissiner, Florian/Schulze Wessel, Julia. 2021: deutsch ≠ deutsch. Zur Multiplizität des Nationalen in Deutschland. In: Futh, Mario/Pates, Rebecca/Spissinger, Florian/Stratenwerth, Jamela (Hg.): *Die Beharrlichkeit der Nation*. Wiesbaden.
- Young, Iris M., 1990: *Justice and the Politics of Difference*, Princeton.
- Young, Iris M., 1997: Unruly Categories: A Critique of Nancy Fraser's Dual Systems Theory. In: *New Left Review* (222), 147-160.
- Young, Iris M., 2002: *Inclusion and Democracy*, Oxford.
- Young, Iris M., 2006: Responsibility and Global Justice: A Social Connection Model. In: *Social Philosophy and Policy* 23 (1), 102-130.
- Young, Iris M., 2011: *Responsibility for Justice*, Oxford.